

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

145 (26.6.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 23 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 25 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 20 M monatlich. — Einzelhefte 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 431.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelleise 3.40 M, auswärts 4.—M. Die Reklamezeile 15.—M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Nationalistischer Mordmord an Rathenau

An die Spitze der nationalistischen Mordaktion in Deutschland ist mit der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau ein neues Glied angeheftet worden. Das es sich um einen politischen Mordmord handelt, mag kaum noch ein Wort zu befehlen. Und der Mann, der diesem abscheulichen Verbrechen zum Opfer gefallen ist, war nicht nur ein wahrhaft edler Mensch, sondern auch einer unserer fähigsten Köpfe und verdienstvollsten Männer. Wie leicht ist er gerade deshalb abgeklagt worden, denn die Kräfte, die die intellektuellen Urheber der politischen Mordmorde an Anhängern und Repräsentanten der Politik sind, sie hassen jene Verdienstleistungen am meisten, von denen sie fürchten, daß sie dem Wiederaufbau Deutschlands und der Vereinfachung der Republik auf demokratischer Grundlage die wertvollsten Dienste leisten werden.

Nicht erst in Genua, sondern schon zu Beginn des Weltkrieges hat der Ermordete Deutschland große Dienste in der uneigennützigsten Weise geleistet. Dem deutschen Volke, dem deutschen Lande und darüber hinaus der Versöhnung der Völker galt seine rastlose Arbeit; in diesen Dienst stellte er, ohne je irgendwie sich hervorzuheben, seine großen Fähigkeiten und Gaben.

Nun liegt dieser seltene Mann auf der Totenbahre; mit dem von einer explodierten Granate aufgerissenen Leibe, mit etwa einem halben Dutzend Wunden im entseelten Körper. Sie haben „ganz Arbeit“ gemacht, die nationalistischen Mordbuben; zu zweien feuerten sie auf ihr Opfer und warfen außerdem noch eine Bombengranate. Die von den nationalistischen Geheimorganisationen ausgehenden Mordanweisungen scheinen fortgesetzt strengere zu werden.

Und was nun? In seiner Rede am Samstag nachmittag, deren Wirkung eine kaum zu beschreibende gewesen ist, hat der Reichskanzler, indem er sich den Nationalistenaugen zuwendete, erklärt, „wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr weiter“. Dieser Satz, wie der andere, daß „mit denen abzurechnen ist, die unserem Volke den Tod bereiten wollen“.

Dem Worte sind dann in der Abendung die ersten Taten gefolgt: die Verordnungen des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik. Es galt, zunächst eine sofort verfügbare Waffe zu haben, die aber unvollkommen ist. Der Kanzler weiß das auch und darum kündete er weitere, rasch zu erledigende Gesetze an, die systematisch den Kampf gegen die monarchistisch-militaristische Propaganda und gegen die auf den Sturz der Republik hinarbeitenden Bestrebungen ermöglichend sollen. So unvollkommen auch die vorläufigen Verordnungen sind, sie sind streng und energiegelicht Anwendung können mit ihnen schon ganz erhebliche Wirkungen erzielt werden.

Auf die Anwendung und Durchführung aber kommt es an. Die reaktionäre Bürokratie in Ostelbien, ihre ebenso reaktionären Genossen in den Berliner Zentralstellen, die Bürokratie in Orléans-Bayern, sie werden alle erdenklichen Sabotageakte versuchen, wenn nicht rücksichtslos auch endlich gegen diese Bürokratie Front gemacht wird. Und da ist wohl nötig, gesetzgebende Maßnahmen zu ergreifen, um mit solchen Beamten als Beamten kurz Schluß machen zu können.

Womöglich noch schlimmer steht es um die Justiz. In Preußen und in Bayern sind Arbeiter, die schwarz-weiß-rote Fahnen heruntergerissen haben, von der Justiz zu härteren Strafen wegen angeblichem Landfriedensbruch verurteilt worden. Gegenüber den Geheimbündlern, gegenüber denen, die sich gegen die Republik und ihre Repräsentanten grüßlich vergangen hatten, hatte diese Justiz die verzeihenste Milde. Und selbst bei uns in Baden, wo unstrittig Regierung, Staatsanwaltschaft und Polizei im allgemeinen durchaus ihre Pflicht erfüllt haben, haben wir, wie die Geheimbündler von den Richtern, wie Killinger von sorgfältig auserlesenen bürgerlichen Geschworenen gnädig behandelt worden sind. Das war wenigstens in der Wirkung eine Unterstützung des nationalistischen Mordmordbetrüms. Wir glauben, daß da an eine Besserung nicht zu denken ist, außer es werden die Hände haben geschaffen, um auch gegen Richter vorgehen zu können, die im Namen der Republik Recht sprechen, die aber Todesurteile eben dieser Republik sind, bei der sie in Amt und Würden sitzen. Wir wissen, das ist nicht leicht, aber auch hier gilt das Kanonwort: so wie bisher, geht es nicht weiter!

Wenn jetzt nicht die Reichsregierung wie die Landesregierungen, wenn jetzt nicht der Reichstag und gegebenenfalls die Landesparlamente mit der gebotenen Schärfe vorgehen, wenn sich jetzt nicht alle republikanisch und freiheitlich gesinnten Staatsbürger geschlossen hinter die Regierung stellen, dann ist Deutschland verloren.

Man täusche sich nicht: allein die Infragestellung noch so strenger Bestimmungen schreit die Krise nicht, die die Republik fürchten, ihre Träger aus dem Wege räumen wollen. Nur der systematisch angewendete Kampf, die rücksichtslose Durchführung der Maßnahmen, die dem Schutze der Republik dienen, wird die Verhältnisse zu Rastem treiben. Wenn das Zentrum und die Demokraten, die am Samstag im Reichstag wenigstens lebhaft in das Hoch auf die Republik einstimmten, auf dem halben Wege wieder Rast machen oder gar umkehren wollen, dann steht das deutsche Volk vor entsetzlichen Schreckensszenen, weil dann die Feinde der Republik zum blutigsten und tödlichsten Schutze plötzlich ausstehen werden.

Und hier erwacht vornehmlich der gesamten Arbeiterklasse die besondere Pflicht, die treuesten und zuverlässigsten Schützer der Republik zu sein. Aber diese Pflicht ist weder gut noch wirkungsvoll erfüllt, wenn nach aufschäumender Empörung die leider gewohnte Gleichgültigkeit der Masse wieder eintritt. Wenn die Reaktion beobachten kann, daß die Arbeiterklasse in sichtbar wachsendem Maße politisch auf dem Posten ist, wenn die Reaktion sehen kann, daß endlich Zähigkeit und Ausdauer die Massen der Arbeiter erfasst hat, dann wird man mit ihr verhältnismäßig rasch und gründlich fertig werden, ohne daß Deutschland ins furchtbare Unheil eines Bürgerkrieges gestürzt wird.

Wir haben volles Verständnis für die leidenschaftliche Erregung gerade der sozialistischen Arbeiter und Parteigänger. Etwas läßt sich verstehen, wenn Wünsche laut werden, deren Erfüllung fürstbar wäre. Aber wenn je, gilt es gerade jetzt, kühles Blut und klaren Verstand zu bewahren. Wir nehmen es als bestimmt an, daß die Reichsregierung ernsthaft entschlossen ist, gründlich durchzugreifen. Das kann sie aber nur, wenn die Massen der deutschen Republikaner zu ihr stehen, ihr nicht durch Unbesonnenheiten den aufgenommenen Kampf erschweren oder gar unmöglich machen.

Selbst auf die Gefahr hin, Widerspruch zu finden, sagen wir es ganz offen: die Reaktion und die ihr dienenden Organisationen fürchten die vorübergehende leidenschaftliche Aufwallung viel weniger, als den systematischen Kampf, dessen Vorzüge sie erkannt haben und, wie wir sehen, auch praktisch zur Anwendung bringen.

Es kommt jetzt nicht darauf an, eine Unmenge von Forderungen aufeinander zu häufen, sondern das zunächst Zweckmäßigste einfach zu gestalten und dann unter allen Umständen aber auch durchzuführen. Aus den Fehlern der letzten drei Jahre müssen wir lernen. Die Reaktion lauert auf Unbesonnenheiten, die vom Meer der Verteidiger der Republik gemacht werden, lauert auf die Stellung von Forderungen, die die bürgerlichen Anhänger der Republik zurückstoßen, sie lauert und hofft, daß der weitere Zwiepsalt auf republikanischer Seite unsere Stoßkraft schwächen werde.

Das ist momentan die größte Gefahr. Mögen sich dessen alle bewußt werden und bleiben, die mit uns das deutsche Volk vor weiterem unsäglichem Unheil retten wollen. Trifft die Erkenntnis ein, dann hat die Reaktion ihr Spiel bald verloren und das sie bald verliert, das gebietet unser Lebensinteresse.

Erregte Szenen im Sitzungssaal und in der Wandelhalle

Die Nachricht von der Ermordung Dr. Rathenaus wurde vom Reichskanzler Dr. Brüning im Verlauf der Beratung des Steueranschlusses gemacht, der zusammengetreten war, um über die Zwangsanleihe zu beraten. Die Nachricht rief im Ausschuss eine ungeheure Bestürzung hervor. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Bernstein und Hartleb sprangen von ihren Plätzen auf und riefen dem sich gleichzeitig erhebenden Abg. Dr. Helfferich zu: „Sie sind der Mörder! Das ist die Wirkung Ihrer gestrigen Rede!“ Helfferich verjügte nun den Sitzungssaal zu verlassen, wurde aber daran zunächst von den Abgeordneten der Linken gehindert, die sich auf ihn mit drohend erhobenen Fäusten zu stürzen suchten und ihn umringelten. Dabei schanderten sie ihn fortwährend den Ruf „Mörder“ ins Gesicht. Der Abg. Berg verlor die Gemächlichkeit mit einigen Kollegen seiner Fraktion die erregten Abgeordneten der Linken von Helfferich, dessen Gesicht ganz weiß geworden war, abzufragen. Helfferich gelang es unter dem Schutze Bergs den Saal zu verlassen.

Unter der Nachwirkung des Attentats auf Dr. Rathenau hat sich der Beginn der für 12 Uhr angesetzten Reichstags-Sitzung verzögert. Gegen 12 1/2 Uhr hatten sich verschiedene Gruppen im Sitzungssaal bei erregtem Gespräch eingefunden. Der Abgeordnete v. Schoch von der Deutschen Volkspartei, der sich im Saale eingefunden hatte, wurde dabei aus dem Saale vertrieben. Es handelte sich um die Fortsetzung einer Auseinandersetzung, die sich vorher in der Wandelhalle abgespielt hatte. Als der Abgeordnete v. Schoch den Saal betrat, folgten ihm mehrere Abgeordnete der sozialistischen Parteien. Pöblich

stürmten mehrere Abgeordnete auf den Abg. v. Schoch ein, der sich zunächst zur Wehr setzte und nach kurzem Ringen dann den Saal verließ durch den Ausgang, der von den Plätzen der Sozialisten nach unten führt.

Kurz darauf erschien Reichstagspräsident Eise, um zu erklären: Ich kann die Sitzung noch nicht eröffnen, da der Reichsterrat noch über die Ergebnisse berät. Ich möchte aber die dringende Bitte an Sie richten, Tätlichkeiten in diesem Saale zu unterlassen. Auch bitte ich alle Parteien, den Sitzungssaal zu verlassen, bis die Sitzung anberaumt wird.

Zu etwa gleicher Zeit ereignete sich in der Wandelhalle ein Zwischenfall, wo gleichfalls Abgeordnete in Gruppen beisammenstanden. Dort erschien ein junger Mensch, der einen Blumenstrauß trug, auf dessen schwarz-weiß-roter Schleiße die Aufschrift zu lesen war: „Dem Verteidiger der vaterländischen Interessen seiner Exzellenz Herrn Dr. Helfferich.“ Dem Boten wurde der Blumenstrauß sofort entzissen und er selbst nach kurzer Verfolgung festgenommen. Der Strauß sollte angeblich von Mitgliedern des Deutsch-Südamerikanischen Soldatenbundes wegen der Rede Helfferichs überbracht werden.

Die Trauerfeier des Reichstags

Als Präsident Loebe die Sitzung eröffnen will, erhebt sich Tumult. Abg. Köllin ruft, Helfferich mit der Faust drohend: „Mörder!“ — Präsident Loebe: „Meine Herren, begeben Sie sich auf Ihre Plätze. Nach der Verfassung steht jedem Abgeordneten das Recht zu, hier im Saale zu verweilen.“ Lebhafter Widerspruch auf der Linken folgt. Der Tumult, der vor den Bänken der Deutschnationalen stehenden Kommunisten und Unabhängigen verläuft sich. Es droht, zu Tätlichkeiten zu kommen. Berges verläßt der Reichskanzler, der auf die Gruppe zugegangen ist und nun inmitten der aufgeregten Abgeordneten steht, sie zum Verlassen der rechten Seite des Saales zu bewegen. Er setzt seine Bemühungen etwa fünf Minuten lang fort, doch ohne Erfolg und begibt sich dann wieder an den Ministertisch. Als Präsident Loebe den Abg. Köllin, der dauernd Helfferich das Wort „Mörder!“ zuruft, darauf aufmerksam macht, daß das Haus in diesem Augenblick zusammengekommen ist, um einen Toten zu ehren, erhebt sich ein neuer Sturm bei den Kommunisten. Man ruft: „Es ist eine Gemeinheit!“ „Wollen Sie die Geschichte bilden, daß bei einer Ehrung eines Toten die Kommunisten und Mörder teilnehmen?“ Die Räumlichkeiten dauern etwa 10 Minuten an. Die aufgeregten Abgeordneten gehen erst langsam nach ihrem Platz zurück, als der Präsident lateinisch erklärt: „Wenn hier keine Ruhe eintritt, muß ich den Versuch einer Ehrung des Verstorbenen aufgeben.“

Nachdem die Ruhe wieder hergestellt ist, nimmt Präsident Loebe

das Wort zu folgender Ansprache, die von den Abgeordneten und Tribünenbesuchern stehend angehört wird:

„Das Ereignis, das diese Szene hier im Hause hervorgerufen hat, ist eine Tat von so ungeheurer Grausamkeit und Mord, daß sie uns das Blut in den Adern erstarren macht (Zerregung). Heute vormittag ist Reichsminister Dr. Rathenau, als er in einem Auto seine Wohnung verließ, von einem anderen Wagen aus durch Schüsse ermordet worden. (Stimmliche aus durch Schluß: Dort brühen sie den Mörder!). Der Name, der diese unschönen Ereignisse, keine Ansprüche und keine Ruhe aufgab, um der deutschen Republik nach bestem Gewissen zu dienen — nicht aus eigenem Entschluß, nicht aus Ehrgeiz hat er dieses Amt übernommen, sondern nach langen vielen Bitten der Herren, die heute unsere Regierung sind, und so oft ich Herrn Rathenau habe sprechen hören, auch in der schwersten Stunde, ist nie ein unsägliches Wort über seine Lippen gekommen. Er erlag der Mordhand. Bei diesem furchtbaren Verbrechen kann ich der Trauer und dem Entsetzen, das uns alle bewegt, nicht Ausdruck geben, nicht dem Verachten für die elenden Hände, die dieses Werk vollbracht haben. Aber meine Herren, es steht mehr auf dem Spiel. (Lebhafter Bewegung und Zustimmung bei den Parteien der Mitte und der Linken.) Auf dem Spiele steht (mit erhobener Stimme) das deutsche Volk, das deutsche Volk und die deutsche Ehre. Meine Herren!

Die Täter haben Gehilfen und Spießgesellen gehabt. (Lebhafter Zustimmung, große Bewegung, lärmende Jurufe auf der äußersten Linken. Präsident Loebe zu dem kommunistischen Abgeordneten Kemmle: Herr Abgeordneter Kemmle, glauben Sie, daß Sie durch diese Jurufe die Wirkung meiner Wort erhöhen können?) Ich bin der Überzeugung, sie haben Gehilfen und eine Organisation von Mördern hinter sich, die sie schützen und für ihre Taten unterhalten. (Sehr richtig!) Anders wäre es nicht möglich gewesen. Aber, das Blut des Ermordeten fällt auf mehr als auf die Täter, es fällt auf die, die dazu anreizen, es fällt auf die, die die früheren Aufschläge, wenn sie gelingen, mit Blut und Dohn begleitet haben. (Lebhafter Zustimmung.) Große Unruhe, die nach gelungenem Umschlage noch das Andenken der Opfer zu besudeln wagen. Seit zwei Jahren, seit Sie mich auf diesen Platz berufen haben, habe ich versucht, mein Amt mit Unparteilichkeit zu verwalten, aber aus dieser Unparteilichkeit heraus muß ich sagen: Dieser Saal ist heute nicht leer, diese Tat wäre nicht geschehen, ohne die grenzenlose und maßlose Fege gegen die Männer, die an der Spitze der Regierung gestanden haben. (Lebhafter Zustimmung bei den Parteien der Mitte und der Linken.) Wie hat eine

gewisse Presse geht, als das Attentat auf Scheibemann ausgeführt wurde. Es ist möglich, heute aber ist es nicht möglich, und es scheint keinen Schutz dagegen zu geben. Die Mörder haben Helfer, die sie verschwinden lassen und immer wieder aufs neue schütten. Neben uns sinkt ein Freund nach dem andern hin. Dieses Mal haben die Mörder einen Mann getroffen, der begibt und bejähigt schien, die Fäden wieder anzuknüpfen, die der Krieg zerrissen, und er hatte bereits Erfolg nach dieser Richtung hin aufzuweisen. Aber diese Stunde gibt mir nicht die Ruhe, das Leben zu überdauern. Sie haben dem Manne Ihren Dank ausgesprochen, der seine Persönlichkeit eingesetzt hat, dem Lande und dem deutschen Volke zu dienen. Sie haben dadurch Ihre Weisheit der betagten Mutter bezeugt, der deutsche Patrioten den toten Sohn vor die Füße legen. Möge unser Volk auch dieser furchtbaren Schlag überwinden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Weis bringt im Anschluß an die mit tiefer Bewegung gesprochenen Ausführungen des Präsidenten ein

Schluß auf die Republik

aus, in das die Parteien der Mitte und der Linken begeistert einstimmten. (Stürmische Rufe von der äußersten Linken: Nieder mit den Mördern!)

Reichstanzler Dr. Wirth:

Ich darf etwas in Ihre Erinnerung zurückrufen. Wochen und Monate sind vergangen, da sammelten sich in Genua die Vertreter aller Nationen. Da wuschelten die Reden der Staatsmänner der ehemals feindlichen Staaten an unserm Ohr vorbei. Da erhob sich unser Freund, Herr Dr. Rathenau, aus seinem Stuhl und sprach edle Worte. Getragen von höchster humanitärer Gesinnung hat er Worte der Verständigung, die ausgingen von den Tatsachen der wirtschaftlichen Krise der Welt und der Weltverschickung, in den Saal hineingesprochen in seiner edlen vornehmen Weise, daß die Herzen auch derer, die uns bis dahin verächtlich in harter Abneigung gegenüberstanden, geöffnet wurden. Man hat seine Worte in diesem Palazzo Reale verstanden und ein nie gleichender rauschender Beifall aller anwesenden Frauen und Männer dankte dem Manne, der über die Grenzspalte seiner Nation hinaus der Welt den Weg zur wirtschaftlichen Verständigung und damit zum Frieden mit bewegtem Herzen gewiesen hat. Nun liegt er tot vor uns. Sein Platz schmückt ein Rosenbüschel. Meine Damen und Herren! Er hat nicht nur für sein Volk, er hat für die Menschheitsfamilie, aber (mit erhebener Stimme) wehe denen, die dieses große Werk der Verständigung der Nationen mit diesem Mord töten. Das Werk darf nicht unterbrochen werden. Wir müssen dieses Werk, das wir mit schweren Mühen begonnen haben, fortführen. Es ist das Werk der Rettung unseres Volkes, es ist aber auch das Werk der Rettung unserer Welt. Wir sind Herr Dr. Rathenau näher gestanden, wir nannten ihn unsern Freund. Gewiß hat Dr. Rathenau viele Gegner gehabt. Ich weiß nicht, woraus die Gegnerschaft geschlossen ist. Er hatte früher seine Gedanken in literarisch blühender Form niedergeschrieben. Aber von dem Augenblick an, wo er öffentlich in den Dienst des deutschen Volkes getreten ist und in den Dienst der deutschen Republik, von dem Tage hatte er nicht nur Feinde, da hatte er Tölpel. (Zustimmung links, Rufe: Helferricht!)

Meine Damen und Herren! Dieses Werk, das er sich vorgenommen hat, die Rettung des deutschen Volkes unter der Staatsform der Republik (mit erhebener Stimme), das darf durch diesen Mord und diesen Tod nicht unterbrochen werden. (Beifall.) Im Gegenteil, alle wahren Republikaner Deutschlands und die es gut meinen mit dem Vaterland und ihrem Volke, werden aus diesem Tod (mit erhebener Stimme) die größte Kraft schöpfen, mit denen abzurechnen, die unserm Volke den Tod bereiten wollen.

(Stürmischer Beifall immer wiederholender Beifall und Händeklatschen von Zentrum bis zu den Kommunisten und auf der Tribüne.) Die Arbeiterschaft hat in den bittersten Tagen, wo das Schicksal über uns hingob, keinen, der der alten Staatsform treu blieb, auch nur ein Haar gekrümmt. (Stürmische Zustimmung bei den sozialistischen Parteien.) Nennen Sie (nach rechts) mit einem politisch interessierten Vertreter bürgerlicher Auffassung dem auch nur ein Haar gekrümmt ist. (Rufe links.) Gegen die Männer, die diesem neuen Staatswesen dienen, wird ein Gift mit Millionen Geld in das Volk hineingegossen. Von Königsberg bis Konstanz bedroht eine Welle unser Vaterland. Unter Aufgebot aller Kräfte streifen sie in großen Versammlungen hinaus, daß das, was wir tun, ein Verbrechen am Volk wäre. Da schreit man nach dem Staatsgerichtshof. (Stürmische Zustimmung.)

Die Islandfischer

Von Pierre Loti

(Fortsetzung.)

Seit sechs Tagen waren sie Mann und Frau. Die ganze Gegend war mit der nahen Abreise der Islander beschäftigt. Tagelöhnerinnen schafften die Salzkruste an Bord der Schiffe; die Männer hatten mit der Taktung zu tun; in Pains Eisenhaus arbeiteten Mutter und Schwestern am Herstellen seiner diesjährigen Ausrüstung. Das Wetter war düster und die See unruhig und aufgeregter, flüßte sie doch schon das Schimmen der Nequinozialstürme.

Gaud erfüllten die unerbittlich vorwärts schreitenden Wolkendeckungen mit innerer Angst, die Tage und Stunden ihres Glückes flohen ja so schnell, und sie lebte den Feierabend herbei, wo Mann nach vollbrachtem Tagewerk ihr ganz allein angehörte.

Würde er die anderen Jahre auch forjagen? Sie hoffte ihn zurückhalten zu können, mochte jedoch keine derartige Anspielung, obwohl seine Liebe zu ihr täglich zunahm. Was sie an ihm erwiderte, war, ihn so sanft, so kindlich zu finden. Den Mädchen in Painspol, die ihm so auffällig entgegengekommen, hatte er zuweilen seine Verachtung gezeigt, ihr aber begegnete er stets mit einer achtungsvollen Höflichkeit, und sobald ihre Augen einander begegneten, erschien jenes herbe Lächeln auf seinem Gesicht, das sie so sehr beglückte. Diese einfachen Menschen haben einen angeborenen Respekt vor der Heiligkeit der Ehe und der stillen Stellung der Ehefrau; es liegt ein Abgrund zwischen ihr und einer Geliebten, dem verächtlichen Geschöpf, das man nach gewöhnlichem Vergnügen beiseite werfen kann, wie ein überdrüssiges Spielzeug.

Das Glück der armen Gaud war sehr mit Larmen gemischt; es war ihr zu unbeschäftigt gekommen, als daß sie mehr Verständnis davon erwartete hätte, als von einem beglückenden Traum.

Wenn sie daran dachte, was sie von Pains früheren Liebesabenteuern und von seiner Heftigkeit gehört, so beschlich sie ein Bangen; würde er immer dieses achtungsvolle Benehmen, diese unendliche Höflichkeit für sie behalten?

Die rote Rufe links.) Der rote Freund, den wir kennen, und den ich mehr als zwei Jahre kennen zu lernen die Ehre hatte, er hat, ich darf meine Kollegen zu Jungen anrufen, gegen die, die ihn seiner „Rasse“ wegen schmähtlich angegriffen haben, die ihn als Diener der Republik und als Vagabond einer Verfassung, die die Wälder angegriffen haben, nie ein böses Wort gesprochen. Niemand kam über seine Lippen, nicht im Kabinett noch im Freundeskreise noch im Gespräch unter vier Augen ein böses Wort. Er hat nicht nur bezogen mit den Lippen, er hat auch im Herzen allen denen verziehen, die in den letzten Monaten und Jahren ihn geschmäht hatten. Er war eine huldvolle Seele. Noch gestern Mittag hat er den ihm neuerdings angebotenen Schutz unter allen Umständen abgelehnt. (Hört! Hört!) Er traute niemanden eine solche Untat zu, und er hatte noch in diesen Tagen den Gedanken, daß man ihm nach dem Leben trachten könnte, als unmöglich abgewiesen. (Zurufe links: Da kennt er aber Helferricht nicht!) Wenn wir einen Staatsmann und einen Freund verlieren haben, wenn das Volk einen großen Sohn verliert hat, so wollen wir aus dieser entsetzlichen Tat doch das Gute lernen:

Gedachte Herren von rechts, so wie es bisher gegungen ist, acht es nicht mehr! (Stürmischer anhaltender Beifall und langanhaltendes Händeklatschen im Saal und auf sämtlichen Tribünen.) Wir werden diese Republik, sobald nur erst der Druck des Auslandes von uns genommen, ausgehalten mit sozialem Geiste. Ich habe im vorigen Jahre in Biberach den Wahrspruch erhalten: „Sorg dich, daß in deutschen Landen die Nordatmosphäre zurückgeht!“ Dieser Wahrspruch war vergebens und darum sage ich: Arbeiter aller Parteien und Vertreter bürgerlicher Freiheit und demokratischer Auffassung, schüßt die Republik und unser teures, gutes, deutsches Vaterland! (Stürmischer nicht endender Beifall im Saal und auf den Tribünen.)

Abg. Dittmann (N.): Wir haben zuverlässige Nachrichten erhalten, daß der Mord an Rathenau das Signal zum Sturz der Republik sein soll. (Beifall links und rechts.) Es soll, wie wir vor einigen Tagen hörten, in der Nacht nach der nächsten Ernennung eines Ministers im ganzen Lande von der Reaktion losgeschlagen werden. Ich warne die Regierung, ich warne die ganze Öffentlichkeit! Wir werden das deutsche Vaterland zum Abwehrkampf aufrufen. (Beifall links.)

Abg. Müller (Franken) beantragt, die Rede des Reichstanzlers im ganzen Reich auf Kosten der Republik öffentlich anzuschlagen.

Abg. Hoffmann (N.) deutet diesen Antrag auf die Rede des Präsidenten aus. (Beifall.)

Beide Anträge werden gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen, nur Frau Wob Oheim stimmt dafür.

Die Regierungserklärung

Nach 8 Uhr tritt der Reichstag zur Entgegennahme einer Regierungserklärung wieder zusammen. Am Ministerisch hat, wie bereits bei der Trauerfeier für Dr. Rathenau das ganze Ministerium Platz genommen.

Reichstanzler Dr. Wirth

nimmt sofort das Wort zu folgender Erklärung: „Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk folgenden Aufruf und Mahnung: Der Mord an dem Reichsminister Dr. Rathenau hat die schwersten Gefahren einschließt, denen Deutschland durch die innerpolitischen Störungen ausgesetzt ist. Die Mahnungen, den Geist der Parteien und den Streit um Vergangenes zu lösen und alle Kräfte der Nation dem Aufbau und der Rettung des Vaterlandes zu weihen, sind ungehört verhallt. Eine radikale und nichtswürdige Verheerung, welche sich gegen die Staatsform richtet und ihre Mitglieder für vogelfrei erklärt, reizt immer wieder unklare, politisch irreführende oder verirrte Kräfte zu Mordüberfällen und zu Mord. Ein Reich der Verachtung droht den inneren Frieden, die Grundfragen der deutschen Erneuerung zu lösen.“

Der Mord an Rathenau ist nur ein Glied in einer Kette wohl vorbereiteter Anschläge auf die Republik. (Beifall.) Erst sollen die Führer der Republik, dann soll die Republik selbst fallen. (Sehr wahr bei der Mehrheit.)

In der Vorbereitung gegen den verbrecherischen Anschlag muß Durchgreifendes geschehen. (Sehr richtig links und in der Mitte.) Dem wachsenden Terror, dem Wahnsinn, der sich viel-

fach unter dem Mantel nationaler Gesinnung verbirgt (Erneute Zustimmung bei der Mehrheit.) darf nicht mehr mit Rücksicht begangen werden! Der Ruf der Republik ist in Gefahr! muß alle für die Freiheit und für den Aufbau des demokratischen Staatswesens arbeitenden Schichten der Bevölkerung zusammenfassen und einigen.

Das Reichskabinett, eines seiner fähigsten und besten Mitarbeiter durch Reichsminister beauftragt, erkennt in der Stunde tiefer Trauer die politische Bedeutung dieser Stunde (Beifall). Da Gefahr im Verzuge ist, muß schnell gehandelt werden, die Reichsregierung hat daher dem Reichspräsidenten empfohlen, von seiner verfassungsmäßigen Befugnis Gebrauch zu machen und durch Verordnung den Schutz des Staates, der Republik und des Lebens seiner durch politische Mordorganisationen bedrohten Vertreter zu sichern. Sie wird für strengste Durchführung dieser Forderung Sorge tragen und sofort die Vorbereitungen treffen, durch bestmögliche Verhältnisse der moralischen und politischen Befähigung entgegenzuwirken, die den Staat und seine Grundlagen auf das schwerste bedroht.

Die Reichsregierung bezieht die tiefe Erregung des Volkes. Sie bedauert die wirtschaftlichen Rückschlüsse eines solchen Wahnsinns, welche die arbeitende Klasse am meisten treffen. (Zustimmung links.) Die Reichsregierung hofft, daß das deutsche Volk in seiner verständlichen Erregung sich nicht zu Schritten verleiten läßt, die die wirtschaftlichen und politischen Schäden und Wirren noch verheeren würden. Sie erwartet vielmehr, daß das deutsche Volk sich hinter die Regierung stellen wird, und richtet daher an die Beamtenhäufe und Arbeiter aller Parteien und an das freischaffende Bürgertum die erste und dringliche Mahnung, zum Schutz des Staates in Not und Gefahr zusammenzutreten.

Es lebe die Republik! Die Reichsregierung.

(Beifall bei der Mehrheit.) Die Reichsregierung hat, wie ich schon betonte, dem Reichspräsidenten empfohlen, von seinen verfassungsmäßigen Rechten nach Artikel 48 Gebrauch zu machen. Der Reichspräsident, der sofort nach Berlin zurückgekehrt, hat sich entschlossen, folgende Verordnung zu erlassen.

Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. Juni 1922

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

1. Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen können verboten werden, wenn die Verfassung bedroht ist, daß in ihnen Erregungen stattfinden, die zur gewalttätigen Befreiung der republikanischen Staatsform oder zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes aufreizen, solche Handlungen billigen, oder verherrlichen, oder die republikanischen Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen. Der Reichspräsident kann, die Bestimmungen dieser Art verfolgen, können verboten oder aufgelöst werden.
2. Aufständische für Maßnahmen nach § 1 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen (Hört! Hört! links). Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um die Vernehmung einer solchen Maßnahme ersuchen. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tage nach Empfang dieses Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und zuzugleich die Entscheidung des in Abschnitt II vorgesehenen „Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik“.
3. Entschieden dieser für die Anordnung, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen.
4. Wegen einer Verletzung nach § 1 ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung oder Veröffentlichung ab die Reichsbehörde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Reichsbehörde ist bei der Landeszentralbehörde eingureichen. Diese kann ihr, außer im Falle des § 2 Absatz 2, abstellen, andernfalls hat sie die Behörde unverzüglich dem „Staatsgerichtshof“ zum Schutze der Republik zur Entscheidung vorzulegen.
5. Wer nach § 1 verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen veranstaltet, oder in solchen als Teilnehmer auftritt, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 M. erkannt werden kann.
6. Strafbestimmungen zum Schutze der Republik § 5. Mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 M. erkannt werden kann.

Übertrafen diese zwei Worte nicht alles, was sie je an Glück erdacht hatte? Gaud lächelte sich auf seinen Arm und lehnte sich an den geliebten Mann, der, ach, nur heute noch ihr gehörte! Wozu um diese Zeit war er schon unerschütterlich weit fort.

Dies erste Mal war es unmöglich gewesen, nächstes Jahr aber sollte er nicht wieder von ihr gehen.

Von diesem hochgelagerten Platz aus überdauerte man den ganzen Hüftenstrich; sie und da zwischen dem Felsen sah ein Fischerhäuschen hervor.

Gaud erzählte ihm von den wunderbaren merkwürdigen Dingen in Paris, wo sie so lange gelebt hatte. Mann mußte ihre Geschichten aber nicht zu würdigen, denn er erwiderte darauf: So weit weg von der Küste — Land, nichts als Land — das muß ungefund sein! Wo Hüfer in Landeuten stehen, die alle voll Menschen hießen, da muß es ja Krankeiten geben! Dort möchte ich um keinen Preis leben — nein, das wäre nichts für mich! Und Gaud lächelte über die kindlichen Ansichten dieses großen lieben Menschen.

Wo der Pfad in eine geschuligte Bodenentfaltung führte, da gab es wilde und natürlich entwickelte Büsche, das moderne Laub am Boden strömte einen reichhaltigen Geruch aus, der über den Pfad hinweg schwebte! In diesen heiligen Orten hatten sich auch einzelne Häuser verstreut; zwischen zerbrochenen niedrigen Mauern führte der Pfad wieder aufwärts, und oben auf der Höhe empfanden sie angenehm die lebende frische Luft und den unbegrenzten Ausblick auf das weite Meer.

Dann feinerlebens erzählte Gaud von Island, von der Sommerzeit, die keine Kälte hatte, der geringen Leuchtweite einer schräg liegenden Sonne, die nicht mehr untergeht. Gaud verstand das nicht recht und er suchte es ihr auf seine naive Weise zu erläutern.

„Weißt du, die Sonne macht ihren Weg rundum, sagte er, indem er einen weiten Kreis mit dem Arm beschrieb. Sie steht sehr niedrig, sie hat gar nicht mehr die Kraft zu steigen; um Mitternacht taucht sie ihren Rand nur ein wenig ins Meer, und gleich darauf sänkt sie ihren Randlauf an. Manchmal erscheint auch der Mond auf der entgegengesetzten Seite am Himmel, dann plagen sie sich um die Weite mit Leuchten ab, man kennt sie aber nicht leicht auseinander, denn in diesem Abend sind sie sich zu ähneln.“

(Fortsetzung folgt)

Sechs Tage des Ehestands waren doch so gut wie nichts bei einer Liebe wie die ihrige: eine fieberhafte eroffene Abkühlung auf das Glück einer langen Lebenszeit. Sie hatten ja kaum erst gelernt sich zu verstehen und einander anzugehören, und alle Mühe für ihre häusliche Einrichtung und künftiges Leben mußten notwendigerweise auf den Spätherbst verschoben werden. Ein anderes Jahr wollte sie ihn um keinen Preis wieder mit fort lassen! Aber wozu sollten sie denn leben, da sie nie das andere ohne Vermögen war? Und dann liebte er seinen Beruf doch auch so sehr! Wie schrecklich aber, alljährlich den Frühling mit Bangen heranzuwarten zu sehen, Sommer um Sommer in schmertzlicher Erinnerung zu mühen! Jetzt, da sie ihn so grenzenlos liebte, sollte sie nur mit Gram an die Qual künftiger Jahre denken.

Sie hatten einen einzigen Frühlingstag, einen allezeitigen! Es war am Abend von Pains Abreise, und da es noch alles in Bereitschaft war, durfte er an diesem letzten Nachmittag bei ihr bleiben. Am in dem Augenblicke, als sie sich aneinander geschnitten auf den schmalen Wagen einber, und wer sie sah, blühte ihnen lächelnd nach. „Das neugebackene Ehepaar!“ rief es.

Dieser letzte Tag in der Heimat war ein reicher erster Frühlingstag, der in sich reichem Hüftenland besonders dankbar geachtet wird.

Es war völlig windstill und das Meer lag in bläulicher Färbung ganz ruhig da. In wechsamem Glanz schien die Sonne auf das rauhe dreieckige Land, das in diesem ungewohnten Glanz zu schweben schien; dem lachenden Sonnenschein der selbst die tiefen Winkel aufleuchtete. Die Luft war so sonnig mild, als können rauhe und hürrische Tage gar nicht wiederkehren. Die Landhäuser und Büsche, über welche jetzt keine wechselnden Wolkenwolken mehr hinwegzogen, zeichneten ihre großen, unbeweglichen Hüften im Sonnenschein; auch sie schienen sich in der wohlthätigen Wärme auszureichen. Schon geigten sich Schilfblumen an den Rändern der Büsche, nebst garthen, noch geschlossenen Beiden. Die Natur schmückte sich ihrem Liebesfest zu Ehren.

„Wie lange wirst du mich lieb behalten, Mann?“ fragte Gaud unterweil.

„Erkannt hat er ihre voll in die Augen. „Auf immerdar,“ war die Antwort, die in ihrer Echtheit um so mehr überzeugte.“

Wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe anordnen, bestraft:

1. Wer öffentlich Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes verübt oder begünstigt oder wer solche Gewalttaten belohnt oder begünstigt;

2. Wer zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes aufhetzt, aufwiegelt oder solche Gewalttaten mit anderen beirät;

3. Wer die Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes verächtlich macht oder öffentlich beschimpft (Sehr gut);

4. Wer öffentlich die republikanische Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben beschimpft (Lebhaftes, sich wiederholendes Braus im Hause und auf den Straßen);

5. Wer an einer Verbindung der im § 128 und im § 129 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Art teilnimmt, wenn die Verbindung den Zweck hat, die republikanische Staatsform zu untergraben.

III. Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik § 6. Bei dem Reichsgericht (Zur der Kommunisten: Wien) wird ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik errichtet.

Der Gerichtshof entscheidet in einer Besetzung von sieben Mitgliedern. Drei Mitglieder ernannt das Präsidium des Reichsgerichts aus den Mitgliedern des Reichsgerichts (Wechsler auf der äußersten Linken); vier Mitglieder ernannt der Reichspräsident (Rechts). Die vom Reichspräsident ernannten Mitglieder brauchen nicht die Fähigkeit zum Richteramt haben. (Starke Befehl und Braus links und in der Mitte.) Für die ordentlichen Mitglieder sind Stellvertreter zu ernennen. Die notwendigen ergänzenden Anordnungen trifft der Reichspräsident.

Die Angelegenheiten sind die Rechtsanwaltschaft. Der § 147 des Strafgesetzbuchs und der § 153 des Strafgesetzbuchs gelten entsprechend.

Auf das Verlangen haben die Verurteilten über das Verfahren vor den Staatsanwaltern entsprechende Anordnungen. Der Reichspräsident hat die Aufsicht über das Verfahren zu versehen. Der Staatsgerichtshof ist zuständig:

1. Für Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform des Reiches oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes;

2. Für die nach § 5 dieser Verordnung strafbaren Vergehen.

Die Angelegenheiten können eine Untersuchung an die örtliche zuständige Staatsanwaltschaft abgeben; der Staatsgerichtshof kann eine bei ihm anhängig gewordene Untersuchung auf Antrag der Angelegenheiten zum ordentlichen Verfahren verweisen.

Diese Vorschriften sind auch anzuwenden auf die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begangenen strafbaren Handlungen. (Braus.) In der Sache bereits ein Urteil ergangen, gegen das die Revision zulässig ist, so entscheidet über die Revision die ordentliche Gerichtsbarkeit.

IV. Verschlagnahme und Verbot von Druckschriften § 8. Die Vorschriften des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 über Verschlagnahme von Druckschriften (§ 23 ff. des Gesetzes) finden auch auf die in § 5 dieser Verordnung bezeichneten Vergehen mit der Maßgabe Anwendung, daß gegen den Verstoß des Verstoßes, der die vorläufige Verschlagnahme aufhebt, die sofortige Beweiserhebung stattfindet und die Beweiserhebung auf schiebende Wirkung hat.

§ 9. Wird eine Verschlagnahme einer periodischen Druckschrift durch das zuständige Gericht angeordnet oder befähigt, so kann die Druckschrift bis auf die Dauer von vier Wochen verboten werden. Auf die Zulässigkeit und das Verfahren finden die Vorschriften der §§ 2 und 3 Anwendung.

§ 10. Wird eine nach § 9 verbotene periodische Druckschrift herausgegeben, verlegt, benutzt oder verbreitet, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, neben dem auch auf Geldstrafe bis zu 500 000 M erkannt werden kann.

V. Schlussbestimmungen § 11. Mitglieder der Regierung des Reiches im Sinne dieser Verordnung sind der Reichspräsident der Reichspräsident und die Reichsminister.

§ 12. Die Artikel 118, 123, 124 der Reichsverfassung werden, soweit sie den Bestimmungen dieser Verordnung entgegenstehen, vorübergehend außer Kraft gesetzt.

§ 13. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Dazu kommt eine weitere Verordnung:

Verbot bestimmter Versammlungen

Mit Rücksicht darauf, daß bei der allgemeinen tiefen Erregung der Bevölkerung die nachstehend genannten Versammlungen zu schweren Zwischenfällen führen können, verbietet der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit für das Reichsgebiet, was folgt:

§ 1. Die Landeszentralbehörden werden ermächtigt, bis zum 28. Juni 1922 gebildeten Versammlungen (Schlichte Zustimmung links und in der Mitte) zur Erörterung der Annahme des Friedensvertrages oder damit zusammenhängender Fragen auch außer den Fällen des Artikels 123 der Reichsverfassung zu verbieten. Das Gleiche gilt bis auf weiteres von den Regimentsfeiern (stürmisches Braus links und in der Mitte) und anderen Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile.

Wer eine hiernach verbotene Versammlung veranstaltet oder an einer solchen als Redner auftritt, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, neben dem auch auf eine Geldstrafe bis zu 500 000 M erkannt werden kann.

Die Artikel 118 und 123 der Reichsverfassung werden, soweit sie den Bestimmungen dieser Verordnung entgegenstehen, vorübergehend außer Kraft gesetzt.

§ 2. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. (Zustimmung und Braus bei den Parteien der Linken und der Koalition.)

Die Beratung der Regierungserklärung im Reichstag

22.3. Berlin, 25. Juni. Zur Beratung der gestrigen Regierungserklärung trat heute mittags kurz vor ein Uhr der Reichstag zusammen. Es sprachen für die Mehrheitssozialdemokraten der Abg. Wels, für das Zentrum der Abg. Marx, für die Deutsche Volkspartei der Abg. Feinze, für die Demokraten der Abg. Petersen. Sie stellten sich alle auf den Boden der Verfassung und beurteilten den jetzigen Reichshof an Rathenau, der einer der besten unserer deutschen Völker gewesen sei. Die Ausnahmeverordnung sei unbedingt notwendig, doch wünschte der Abg. Wels, daß sie nicht gegen die Linke angewendet werde, worin ihn der Sprecher der Unabhängigen und der Kommunisten unterstützten, wogegen der Abg. Feinze verlangte, daß die Verordnung

nicht nur gegen die rechtsgerichteten, sondern auch gegen linksgerichtete Kreise angewendet werde. Für die Deutschnationalen, gab Abg. Bergl, häufig unterbrochen durch lärmende Kundgebungen der äußersten Linken, eine Erklärung ab, in der auch die Deutschnationalen die Tat verurteilten und strengste Bestrafung der Schuldigen verlangten, aber die Ausnahmeverordnung ablehnten, weil sie sich ausschließlich gegen die Rechte wenden.

Reichsminister Dr. Wirth stellte fest, daß die Rechte nicht die notwendige Trennung von ihrem deutschnationalen Anhang ausgesprochen habe, von dem die Tat ausgegangen sei. Unter einer Schlichtungspolitik, wie wir sie im Rheinlande und im Saargebiet jetzt erdulden, könne ein demokratisches Deutschland nicht gedeihen. Aber auch das Reparationsproblem, an dem Rathenau so erfolgreich gearbeitet habe, lasse sich nicht durch nationalistische Kundgebungen lösen. Der Reichspräsident gab am Schluß der Sitzung noch bekannt, der Reichspräsident habe eingewilligt in eine Veränderung der Verordnung dahin, daß die Mitglieder des Staatsgerichtshofes ohne Ausnahme vom Reichspräsidenten ernannt werden sollen ohne Voraussetzung rühmlicher Verdienste. Gegen 5 1/2 Uhr erreichte die Sitzung ihr Ende.

Eine Kundgebung der babilischen Regierung

Das babilische Staatsministerium veröffentlicht nachstehende Kundgebung:

Reichsminister Dr. Walter Rathenau ist heute der rühmlichen Tat eines Weidens zum Opfer gefallen. Das babilische Staatsministerium beklagt aufrichtig den Verlust dieses ausgezeichneten Staatsmannes und wahren Vaterlandsfreundes. Es ist überzeugt, daß mit ihm das babilische Volk an der Trauer über dieses einschneidende Unglück teilnimmt. Für alle Freunde der Republik und der babilischen Ordnung muß die Tat Anstoß sein, sich zusammenzuschließen, um die Verdrößerung unserer rühmlichen Entfaltung abzuwenden, die in der verbrecherischen Aufstachelung zu solchen Mordtaten immer von neuem geschaffen wird. Karlsruhe, den 24. Juni 1922. Babilisches Staatsministerium Summel.

Aufruf des Gewerkschaftskongresses

Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress in Soltau hat unter hundertförmiger Anteilnahme und Händeläutchen gegen den Verstoß der Kommunisten folgenden Bescheid gefaßt:

Der Gewerkschaftskongress hat mit tiefem Mitleid die Mitteilung erhalten, daß der Reichsminister d. s. H. Rathenau das Opfer eines elenden Mordanschlages geworden ist. Der Kongress erhebt in diesem Moment einen neuen planmäßigen Angriff auf den Schand der Republik, der der Bevölkerung seine Kraft bis zur letzten Stunde gewidmet hat.

Der Kongress beruft sich auf seine Entschlossenheit über die Gewalttätigkeit aus, sondern fordert von der Reichsregierung um mehr wirksame Vorkehrungen gegen die mit solch verbrecherischen Mitteln arbeitenden Hände der Republik.

Wollt aber der Kampf gegen die Ermordung der Arbeiterklasse und gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, ruft der Kongress die gesamte Arbeiterklasse auf, von ihrer Selbstverteidigung im politischen Meinungsstreit abzulassen und einmütig alle Kräfte zur Niederämpfung der Reaktion zusammenzufassen.

Der Kongress empfiehlt der gesamten Arbeiterbewegung, diesen ihren einmütigen Willen einträchtig zu bekräftigen durch eine gemeinsame Arbeitseinstellung am kommenden Dienstag nachmittag unter Beibehaltung nachvollziehbarer Identifizierungen.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit dem Afd. und den sozialistischen Parteien wirksame Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel sein muß, die Sicherung der Republik und der Rechte der Arbeiter gegen jeden reaktionären Angriff durch Säuberung der Regierungsinstitutionen und öffentlichen Ämter, einschließlich der Richterstellen, von allen Elementen, die sich nicht rückhaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen.

Der Kongress erwartet von allen Mitgliedern der Gewerkschaften den entschlossenen Willen, auch mit ihrem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik einzustehen.

Die Zentrums-Arbeiter und Beamten wachen auf

Das Handels-Ansinnen des Zentrumsabgeordneten Diez, Radolfszell, nämlich, daß die Arbeiterklasse überstunden leisten solle, damit die freie Wirtschaft in der Arbeitererzeugung eingeführt und das Brot verbilligt werden könne, hat nicht nur in den dem Zentrum fernstehenden Kreisen einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, auch die Zentrumsarbeiter und -Beamten verhielten sich mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Zumutung. Wie tief die Entrüstung ist, beweist der Umstand, daß sich die „Freie Stimme“, ein Zentrumsblatt, in Radolfszell genötigt sieht, folgender Einmündung Raum zu geben:

Die Rede unseres Reichstagsabgeordneten Karl Diez über die Arbeitsverhältnisse hat in den Kreisen der Arbeiter und ganz entschlossenen Widerspruch hervorgerufen. Die gesamte Arbeiterklasse legt energische Verwarnung gegen das Ansinnen ein, die Kosten für die Getreidebeschaffung durch Leistung von Überstunden zu tragen. Die Arbeiterklasse ist vor allem gar nicht in der Lage, bei den jetzigen und von Tag zu Tag immer schlechter werdenden Ernährungsverhältnissen dauernd Überstunden zu machen, ohne den größten Schaden an ihrer Gesundheit zu nehmen, außerdem ist sie auch gar nicht gewillt, dazu beitragen, daß sich auf ihre Kosten die Getreidebeschaffung ganz entschlossen mehr bereichern. Darum muß die Arbeiterklasse ganz entschieden mit Nein antworten. Warum führt man nicht sofort das gleiche ein? Die Summen, die sich daraus gewinnen ließen, könnte man doch gut für die Kosten der Getreidebeschaffung verwenden, und: wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!

Endlich muß man fast ausrufen, dämmert es auch in Zentrumskreisen, welche fluchwürdige Politik das Zentrum im Reichs- und Landtag betreibt. Trotz der offensichtlich immer weiter fortschreitenden Verelendung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenklasse, wird sowohl im Landtag

wie auch im Reichstag rücksichtslos eine nur auf die große Landwirtschaft zugeschnittene Politik betrieben. Freie Wirtschaft beim Fleisch, beim Holz, bei den Kartoffeln, im Grundstücksverkehr, und damit gleichlaufend eine ungeheure Preissteigerung dieser Produkte, jedoch die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenklasse nachher in der Aufbringung der Mittel für den Lebensunterhalt in Verzweiflung gerät. Nun soll das Brot nach dem Willen der Zentrumsleute auch noch folgen. Ein Raib Brot soll auf 45-50 M. gesteigert werden. Sieht man nun in weitesten Volkstrahlen bei ein, wie richtig und vorausschauend die Politik der Sozialdemokratie war?

Die Sache ist natürlich der Zentrumspresse höchlich unangenehm. Folgend ermahnt die „Freie Stimme“ die Arbeiterklasse, sich nicht in eine übermäßige Erregung hineinzufeuern. Sie gibt also die Berechtigung zur Erregung zu, nur übermäßig soll sie nicht sein. Das heißt vom Zentrumsdeutsch ins Deutsche überetzt: Das Recht zum Schimpfen habt ihr, nur dürft ihr den Zentrumssturm nicht verlassen. Um alles in der Welt nur das nicht! Als Kanakleitroff gibt dann die „Freie Stimme“ bekannt, daß sie sofort telegraphisch von Berlin den Wortlaut der ungeheuerlichen Rede Diez angefordert habe. Wir wünschen der „Freien Stimme“ Glück in der Sache und ermahnen sie zugleich, keine Frist an dem Wortlaut vorzunehmen.

Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe

Karlsruhe, 24. Juni 1922.

Heute vormittag 9 Uhr trat im großen Rathhause des diesjährigen Kreisling des Kreises Karlsruhe zusammen. Eröffnet wurde die Tagung von Ober-Reg.-Rat Oberamtmann Schabbe-Karlsruhe.

Zum Vorsitzenden der Tagung wurde Genosse Stadtrat Ged. Karlsruhe, zum Stellvertreter Oberbürgermeister a. D. Siegfried Karlsruhe, zu Schriftführern Frau Anslinger-Karlsruhe und Bürgermeister Schöpflin-Rangensteinbach gewählt.

Kreisvorsitzender Schabbe hielt in einer kurzen Ansprache an die Versammlung die historische Bedeutung der heutigen Tagung als die letzte unter dem alten Kreisverfassungsgesetz. Der alte Gegensatz zwischen Staats- und Selbstverwaltung bestehe eigentlich nicht mehr, nachdem die Souveränität des Volkes auch im Staate rechtens sei. Das bisherige Zusammenwirken von Staat und Kreisverwaltung könne als Vorbild gelten. Möge es auch künftig so sein. Die organische Verbindung von Staat und Selbstverwaltung sei eine Aufgabe, die das neue Gesetz lösen müsse.

Der Vorsitzende Ged. Karlsruhe übernahm hierauf den Vorsitz und dankte für seine Person, sowie für die andern Gewählten für die Wahl.

Er wies sodann auf den gedruckt vorliegenden Bericht hin, der eine zusammenfassende einfachere Form aufweist wie die Jahre vorher. Bemerkt wurde, daß auch die Beratung dem gedruckten Bericht entsprechend erfolgen möge.

Dem Vorschlage des Vorsitzenden, die Geschäftsführung einfacher zu gestalten, wurde debattelos zugestimmt.

Den Bericht des Kreisvorsitzenden über das abgelaufene Geschäftsjahr erstattete der Kreisvorsitzende Stadtrat Fred. Karlsruhe. Er verwies auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, dem folgendes zu entnehmen ist. Den laufenden Ausgaben (Soll) von 5 533 228 M. stehen an Einnahmen (Haben) 5 497 174 M. gegenüber, jedoch eine Mehrausgabe von 36 054 M. zu verzeichnen ist. Der Vorschlag für 1922 weist demgegenüber gewaltige Erleichterungen fast auf allen Gebieten der dem Kreis gesetzlich zugewiesenen und von ihm freiwillig übernommenen Aufgaben auf. Im wesentlichen sind vorgesehen für die Unterhaltung der Kreisstraßen 2 636 472 M. gegenüber 1 032 860 M. im Vorjahr, für die Unterhaltung der Kreiswege 4 423 901 M. (1 906 003 M.) Landarmenpflege 1 152 M. (563 000 M.), Kreispflegeamtamt Quab 2 370 000 M. (810 500 M.), Beiträge zur Erhaltung und Verpflegung armer Kinder 250 000 M. (164 000 M.), Gesundheitsfürsorge 651 930 M. (236 500 M.), Landmilitär 210 000 M. (170 770 M.), Schulguts 200 518 M. (81 600 M.), Verwaltung 287 000 M. (96 450 M.).

Infolge der Steigerung des Aufwandes für die Kreisstraßen und Kreiswegunterhaltung müssen die Voraussetzungen der Gemeinden auf 50 Proz. für die Unterhaltung der Kreisstraßen und 75 Proz. für die Unterhaltung der Kreiswege erhöht werden. Die Beiträge betragen hiernach 4 591 506 M. Die Gesamtausgaben sind veranschlagt zu 13 805 127 M., die Einnahmen zu 7 751 146 M., jedoch sich ein ungedeckter Aufwand von 6 053 981 M. ergibt, welcher im Wege der Kreissteuer aufzubringen ist.

Mit der Festsetzung des Kreissteuerfußes muß jedoch zugewartet werden, bis die Veranlagung der Steuerwerte auf Grund des Grund- und Gewerbesteuergesetzes vom 4. August 1921 erfolgt ist. Bis dahin sind die erforderlichen Mittel im Anleihenwege zu bestreiten. Als geschickte Aufgaben obliegen dem Kreis die Verlegung des Kreisstrassenwesens, die Landarmenpflege, die Unfallversicherung nach §§ 825 und 828 A.B.G. und die Beforgung der Vogelversicherungsgeschäfte. Hierfür sind im ganzen nach Abzug der gegenüberzustellenden Einnahmen rund 2 500 000 M. zu verwenden, während die Staatsdotierung für diese Zwecke nur 98 480 M. beträgt. Die Kreisfinanzverwaltung hat die Staatsdotierung bei der Regierung vorzulegen. Neu beschäftigt den Kreis die Übernahme der Haushaltungsschule des babilischen Frauenerzins in Karlsruhe. Der Reichspräsident hat bekannt, daß die finanziellen Verhältnisse des Kreises nicht geklärt sind. Er beschäftigt sich sodann mit dem Referententwurf zum neuen Kreisgesetz und kann sich mit demselben nicht befassen, besonders was die Staatsaufsicht, Zusammenfassung des Kreisrates Auflösung des Kreisrates usw. betrifft.

Zu der Unterhaltung der Kreisstraßen sollten die Gemeinden 75 Prozent beitragen, da 50 Prozent nicht mehr ausreichen. Die Verhältnisse der Kreisstrassenverwaltung sind durch einen Landeslohnstarif geregelt. Es dürfte sich empfehlen, die Beiträge für einen Teil der Kreiswege den Gemeinden zu übertragen.

Ueber die Pleag (Babilische Lokalbahn - Altbahn) bemerkte der Reichspräsident, daß der Betriebsverlust der Bahn im letzten Jahre 3 Millionen Mark betrage, den der Kreis nicht auf sich nehmen könne. Der Staat müsse hier helfend eingreifen. Der Finanzbedarf der Bahn betrage ca. 14 Millionen, wogegen der Kreis nur 4 Millionen flüssig machen kann. Die Strecken Odenheim-Hilsbach und Dillheim-Weddesheim sollten infolge ihrer Unrentabilität stillgelegt werden, insbesondere aber letztere Strecke. Der Kreis ist nicht in der Lage, die Verluste zu decken. Wenn die ungunstigen Verhältnisse so weiter gehen, müßte die Pleag den Konkurs anmelden. Der Reichspräsident bittet zum Schluß um Zustimmung der zum Vorschlag gestellten Beiträge und dankte der Staatsregierung und weiteren Behörden für ihre Entgegenkommen, sowie den Angestellten und Arbeitern für die dem Kreis geleisteten Dienste. Der Bericht wurde sehr beifällig aufgenommen. Ihm schloß sich eine

allgemeine Aussprache an. Landeskommissar v. Wipleben betont, daß er sich mit dem Referententwurf zum Kreisgesetz nicht identifizieren

HAUS UND WIRTSCHAFT

Gesichtskalender

26. Juni. 1870 Hermann Barbes, Präsident des Pariser Revolutionsklubs, im Haag. — 1917 Verordnung zum Schutze der Wiener Erlasse. — 1918 Der Dichter Peter Mossegger im Kriegslager.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdem. Bürgerauswahlfraction. Die auf heute abend anderemal Fraktionssitzung fällt aus.

Heute nachmittag 5 Uhr Vertrauensmänner-Verammlung

Die Vertrauensleute und Betriebsräte der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei versammeln sich heute nachmittag 5 Uhr im „Auerhahn“ zu einer wichtigen Besprechung. Das Erscheinen aller Vertrauensleute und Betriebsräte der beiden sozialistischen Parteien ist notwendig. Die Fraktionssitzung tritt um 3 Uhr im „Auerhahn“ zusammen.

Die Kunde von der Mordtat an Mathenau

durchschleifte am Samstag nachmittag unsere Stadt und verursachte naturgemäß allenthalben Aufregung. Altkreis wurde die Mordtat von dem bedeutenden Manne, dem das deutsche Volk in schwerer Zeit viel zu verdanken hat, verurteilt. Die wenigen nationalsozialistischen und antisemitischen Schwärze, die sonst das Rundwerk spielen lassen, sind plötzlich heimlich geworden in der Voraussetzung, daß die Sache diesmal für ihre Richtung doch nicht so glatt abgehen dürfte. Unser Parteiauswahlfraction hat gestern zusammen mit dem Vorstand der U.S.P. und den Gewerkschaftsbildungsämtern vormittags und nachmittags Beratungen gepflogen, um die örtlichen Verhältnisse für die geschaffene Situation festzulegen. Das Nähere wird beimnächsten berichtet. Die Stadtverwaltung hat sofort am Samstag nach Bekanntwerden des rüchigen Attentates die auf Samstag abend angelegte Johannistfeier abgesagt. Sie konnte natürlich die Absage nur durch Plakate am Stadtparkausgang bekanntgeben. Außerdem hatten die Behörden die Befestigung der staatslichen und städtischen Gebäude auf höchste Stufe veranlaßt. Die Befestigung soll bis nach der Befestigung des Ermordeten stattfinden. Auf heute Montag abend 8 Uhr ist eine gemeinsame Trauerfeier der sozialistischen Parteien in der Festhalle angesetzt, in der Herr Staatspräsident Gummele sprechen wird. Unsere Parteifreunde werden sich an der Kundgebung zahlreich beteiligen.

Und nochmals die hohen Wäderpreise

Man schreibt uns: Das Bürgermeisteramt Karlsruhe überläßt der Öffentlichkeit eine Entgegnung auf die kürzlich an dieser Stelle veröffentlichte Kritik über das Waderwesen unserer Stadt. Wir sind nun wirklich nicht so weitläufig, um nicht selbst zu erkennen, aus welcher Richtung heraus die Betriebsamgaben sich so immens erhöht haben. Daß die Kostenfrage nicht in Karlsruhe und auch nicht in Deutschland allein gelöst werden kann, wissen wir ebenfalls. Wir wissen aber auch, daß das Einkommen vieler Tausende nicht um das 4fache gesteigert ist. Ferner wissen wir, was man früher für eine Goldmark erwerben konnte und daß man heute für eine selbst 40fache erhöhte Lohnsumme oder Gehaltsziffer noch nicht in der Lage ist, das Leben zu führen, was man in Vorkriegszeiten für das 4fache Niedrigere erhielt. Die Spannung ist trotz hoher Zahlen eine derartig gewaltige, daß wir nicht ohne Bedauern und Betrachtungen in die Ruhe als eine nicht so geschwind zu ändernde Tatsache, die Veränderungen sind jeden Tag zwingender folgen werden, welche verarmtes Volk wir geworden sind. Wir wissen zur Genüge, daß wir uns alles, was irgendwie nach Luxus ausseht, besparen müssen. Wir müssen sogar noch einen großen Teil des Notwendigen entbehren. Man schäme nur einmal in unsere Hochhäuser, in unsere Wädhelstände und besetze sich unser Mobiliar, dann wird man sich überzeugen können, daß dem so ist. Wir setzen ein, daß uns nicht entbehren und sehr sparen müssen. Was wir aber nicht einsehen und auch niemals einsehen werden, ist das, daß uns nicht mehr möglich sein soll, die Höhe der Gehaltsziffer zu betreiben und unserem Kleinlebensbedürfnis zu genügen. Denn die Frage hoher Wädhel- und Waderpreise und der Wohnungsnot, welche auch nicht in einer Stadt allein gelöst werden kann, ist zusammen mit mangelnder Kleinlebensbedürfnisse an Krankheits- und besonders an der Tuberkulose schuld. Die Waderfrage aber war zu allen Zeiten eine drückende und wird es auch bleiben. Ihre Lösung hat 2 Teile zu erfüllen. Dessen muß man sich klar sein. Wenn man in dem Artikel des Bürgermeistersamtes dort, daß die Stadt große Summen in ihrem Jahresbudget für die Wader als Zuschüsse stehen hat, dann bezieht man aber ganz und gar zu erwähnen, daß Karlsruhe abnorme Waderverhältnisse, an den Verhältnissen anderer Städte gemessen, besitzt. Man erwähnt z. B. Mannheim und überläßt dabei völlig, daß

lönne. — Abg. Siegrist-Karlsruhe (Dem.) verlangt einen größeren Staatszuschuß und eine Automobilstener zur Unterhaltung der Straßen. — Abg. Genosse Steiber-Bruchsal stimmt dem Vordrucker zu, ist jedoch der Ansicht, daß eine Erhöhung der Umlage notwendig ist. Eine Erhöhung der Verkehrs- und Vermögenssteuer wird ja doch wieder auf die Verbraucher abgewälzt. Ferner wendet sich eindringlich gegen die geplante Einstellung der beiden Strecken der Lokalbahn, da auch volkswirtschaftliche Gründe maßgebend sind. Der Staat sollte Unterstützung leisten. Eine Verringerung der Zahl der Kreise von 11 auf 8 sei zu bestrafen. — Abg. Hafner (Ztr.) betont, daß in der Aufhebung der Kreisverträge aus der Kreisfürsorge Maß gehalten werden müsse, auch im Interesse der Marie. Zur Pflege der Interessen von Frauenangelegenheiten werden auch konfessionelle Schwestern angeschlossen werden können. Bei der Bildung sollten auch Berufsleistungen eingeführt werden. — Abg. Schöberl-Oberkirch (D.M.) äußerte sich zur Frage der Kreisverträge. — Abg. Gen. Haßler-Wetten kann sich mit der Überführung der Kreisverträge in die Fürsorge der Gemeinden nicht befunden, da eine Verlotterung dieser Wege sich einstellen dürfte. Auch im Interesse der Wegverträge müßte Maß gehalten werden. — Es beteiligten sich weiterhin an der Aussprache die Abg. Müller-Bforheim (D.M.), Oberbürgermeister Dr. Meißner-Bruchsal, Singer-Wetten (Ztr.) sowie Bürgermeister Schöpflin-Langensteinbach. Letzterer betont, daß die Wegverträge nicht hätte übernommen werden sollen. — Abg. Gen. Steiber-Bruchsal stellt gegenüber den Ausführungen des Vordruckers fest, daß die Freunde des Herrn Schöpflin im Landtag gegen die Übernahme der Nebenbahnen in den Besitz des Staates gestimmt haben.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. In seinem Schlußwort befürwortet der Vorsitzende folgende Entschlüsse:

- 1. betr. die Kreise: Die Kreisversammlung erachtet es für zweckmäßig, daß im Wege der Gesetzgebung die Aufgaben der Kreise neu umgrenzt werden und die Verantwortlichkeit der Geschäftsführung verbessert wird. Eine Neueinteilung der Kreise dagegen erscheint nicht dringlich. (Dieser Entwurf sollte, wie nachgetragen sei, auch der Landeskommission Ausdruck gegeben.)
2. betr. die Wegverträge: Die Kreisversammlung erwartet, daß die Staatsregierung den zur Deckung des Betriebsverlustes der Wegverträge zum Betrieb der Wegverträge nur unter der Voraussetzung bewilligen, daß die längst beantragte Genehmigung zur Einstellung des Betriebes der Linie Dilsheim-Meckelheim unverzüglich erteilt wird.
3. betr. die Haushaltungsschule: Die Kreisversammlung ernächtigt den Kreisauswahlfraction, die Verhandlungen mit dem Bad. Frauenverein wegen Übernahme der Haushaltungsschule in dem Gebäude der Herrschaftstraße 30 zu Karlsruhe weiterzuführen. Sodann tritt die Mittagspause ein.
Ueber die Nachmittagsberatungen werden wir morgen berichten.

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Wiederum ist an der Deutschen Republik, an der Ehre und dem Ansehen des deutschen Volkes, wie an der Menschheit überhaupt ein ungeheuerliches Verbrechen verübt worden. Heine Mordbestellen haben heute vormittag in Berlin den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Walther Rathenau, auf einer dienstlichen Fahrt nach Meiningen überfallen und durch Schüsse in den Kopf auf der Stelle getötet. Der Gedanke, der in allen anständig Denkenden, in erster Linie aber in allen Freunden der Republik, angeht, ist dieses neuerlichen Verbrechen aufsteigt, lautet wohl einmütig dahin: „Nun ist das Mord voll! Nun ist die Geburt der Republik an Ende! Nun heißt es, mit starker Hand in die monarchistisch-militaristischen Verschwörer einzugreifen, um unser Volk, unser republikanisches Staatswesen und unsere nationale Wirtschaft nicht alle paar Wochen durch einen neuen schweren Anschlag erschüttern zu lassen. Die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei, der weitaus stärksten im Reich, stehen auch in diesem schweren Augenblick geschlossen und fest hinter der republikanischen Regierung. Sie vertrauen ihr, daß sie unverzüglich alle Maßnahmen ergreift, um den Bestand des Freistaates zu sichern und seine berufenen Vertreter gegen die feigen Anschläge seiner Feinde zu schützen. Parteigenossinnen und Parteigenossen! Die Zentralleitung der Partei wird Euch unverzüglich nähere Befehle erteilen lassen über das, was nun Eurerseits zu geschehen hat. Bis dahin: Ruhig Blut und Vertrauen in die Geschlossenheit und Festigkeit unserer Organisation und in die Güte der republikanischen Sache! Mannheim, den 24. Juni 1922. Der Bezirksvorstand der Soz. Partei Badens.

Johannes Neuschin von Forzheim

Der berühmte Gelehrte, dessen 400jährigen Todestag mit... gungen wissenschaftlichen Welt seine Vaterstadt und sein badisches Heimatland feiernd begehen, wurde am 22. Februar 1455 geboren als Sohn eines Dieners im Dominikanerkloster. Der Weg zur Höhe ist ihm nicht leicht geworden. Armer Leute Kind, mußte er zuerst seine schöne Stimme als Chorjunge, um den Lebensunterhalt zu gewinnen, begleiten einen badischen Prinzen als Mentor auf die Universität Paris, gab Stunden und schrieb um das tägliche Brot. Juristische Studien bereiteten ihn auf den Beruf eines Rechtsanwalts vor, den er heimgekehrt in Stuttgart ausübte. Hier trat er auch als Rat in den Dienst Herzog Eberhards von Württemberg. Der damalige Zustand der Wissenschaften erlaubte den Gelehrten im Unterjoch zum Spezialistentum unserer Zeit, sich auf mehreren Gebieten zu betätigen. Neben seinem Brotstudium beschäftigte sich Neuschin mit Philosophie und alten Sprachen. Die Beherrschung des Griechischen war damals die selbstverständliche Voraussetzung für jede wissenschaftliche Arbeit. Darüber hinaus wandte sich Neuschin dem Griechischen zu, das durch die in den Kirchen geschätzte byzantinische Gelehrte an die abendländischen Hochschulen verpflanzt worden war. Wichtig und folgenreich wurde vor allem, daß er sich von gebildeten Juden im Hebräischen unterweisen ließ, und 1500 seine hebräische Grammatik veröffentlichte, ein bahnbrechendes Werk, das alle Lehramter, bisher nur in lateinischer Uebersetzung bekannt, wurde den Theologen unmittelbar zugänglich. Meiner der Talmud, die nachbiblische jüdische Literatur wurde dadurch lesbar, die Geisteswelt des Judentums, über die allgemein die abenteuerlichsten Vorstellungen herrschten, fing an, bekannt zu werden. Diese Vermittlung bewirkte den gelehrten Forzheimer in einen Handel, der bis vor Kaiser und Papst gelangte und die

dort in Rhein und Neckar Hunderttausende von sehr billigen Wädern genommen werden können, weil die Waderstellen im Gegenfalle zu den Karlsruher Flußbädern, ohne weitere Kosten erreichbar sind. Wer bei uns ein Flußbad nehmen will, muß zum mindesten allein 6 M für die Fahrt mit der Straßenbahn bezahlen, soweit er nicht in der Nähe des Rheins wohnt. Was möchte einmal die Verfassung der Herren vom Ratshause sein, wenn sie, um in ein billiges Bad zu kommen, zwei Stunden, unter Umständen noch weiter, zu laufen hätten. Daß die Zahl der Wadernehmer in den Flußbädern, die abgemessen aufgenommen hat, ist darauf zurückzuführen, daß ein ganzes Teil, nicht in den Wohnungen der Arbeiter und keinen Beamten befindlichen Badeeinrichtungen außer Betrieb gesetzt ist und deren Besitzer öffentliche Wädhel aufsuchen. Im Gegenfalle zu früher wo dies nicht geschah, daß es aber eine nur zu große Anzahl älterer Personen beiderlei Geschlechts gibt, für welche Flußbäder aus den verschiedensten Gründen nicht geeignet sind, das sollte man auch auf dem Ratshause nicht vergessen. Bis jetzt wurden die Waderpreise in Karlsruhe bezahlt. Tausende und abermals Tausende waren jedoch längst nicht mehr in der Lage dazu. Ihnen ist das Bad bereits zum Luxus geworden. Die Waderfrage bedarf in Karlsruhe der Regelung. Es muß ein Ausweg gefunden werden. Sucht ihn das jetzige Stadiparlament nicht, dann wird ihm vielleicht das kommende in geeigneter Zusammenfassung finden.

Die Städtische Bühnen- und Lesehalle, Karl-Friedrichstraße 21, ist in ihrer Entwidlung zu einem gewissen Abschluß gekommen, insofern sich herausgestellt hat, daß es zur Zeit nicht möglich ist, die gansen für die neue Anlage vorgesehenen Räume frei zu bekommen. Andererseits ist die Einrichtung soweit fortgeschritten, daß mit der Benützung durch die Öffentlichkeit begonnen werden kann. Die Verwaltung beschließt daher, einseitig den Besahf von Montag, 28. Juni, b. 3. an in Betrieb zu setzen. Die Ausleihe ist gestrichelt von 11—1 und 4—7 Uhr, Mittwochs und Samstags von 9—7 Uhr. Ferner ist nicht bekannte Benützer haben einen Ausweis vorzulegen (Steuerzettel, Legitimationskarte usw.). Ausleiher bedürfen der Unterschrift der Eltern oder deren Vertreter; von vorübergehend hier anwesenden Personen kann eine Wädhel verlangt werden. In der Regel werden 2 Wädhel auf einmal abgegeben; die Wädhel beträgt 3 Wochen. Wädhelungen erfolgen auf Kosten des Entleiher. Die Gebühr für eine Wädhel über 32 Wädhel beträgt 3 M. Es kommt zunächst nur Unterhaltungsliteratur zur Ausgabe, bis nach und nach auch die übrigen Abteilungen in den Verkehr gegeben werden.

Flugpostverkehr mit der Schweiz. Vom 1. Juli an können mit Flugpost nach der Schweiz auch dringende Filippaten versandt werden, die nicht mehr als 5 kg. wiegen und in keiner Ausdehnung 60 Zentimeter überschreiten.

K. Mintheim. In unserem so stiefmütterlich behandelten Vorort Mintheim leiden wir infolge des starken Verkehrs von Autos usw. an einer Staubplage, die einfach unerträglich ist. Die Mintheimer, Ernst- und Hauptstraße sind ständig in einem Staubebel gefüllt. Von dem Gehweg der Mintheimerstraße wollen wir weiter nichts anführen, ebenso von dem Sandplatz bei der Zulastraße, das bei Regenwetter kaum passierbar ist. Die Straße wird täglich von etwa 1000 Menschen, welche sich von und zur Arbeitstätte begeben, passiert. Die Stadtverwaltung braucht sich nicht zu wundern, wenn bei den Benutzern von Mintheim große Mißbilligung herrscht. Denn wenn man uns auf der einen Seite Straßenreinigungsgeldern aufbürdet, so wollen wir Einwohner für die erhöhten Gebühren auch eine Leistung sehen. Da wir doch unter einer Staubplage leiden, daß es niemand wagt, ein Fenster zu öffnen, so wäre es sehr angebracht, wenn ein Gießwagen durch die Straßen Mintheims fahren würde; dies zu verlangen ist doch sicher unser gutes Recht. Und nur noch eine Frage: Wie lange wird denn noch an den städtischen Bauten, die doch von den Mitteln der Allgemeinheit bestritten werden, gebaut? Die Privatbauten werden nämlich viel rascher fertiggestellt. Wieviel Geld hätte doch die Stadtverwaltung ersparen können bei den immer so rapid steigenden Materialpreisen? Ob die Wohnungen dieses Jahr noch bezogen werden können, ist wiederum sehr fraglich.

Ein guter Abschluß. In der Sitzung des Aufsichtsrats der Süddeutsche u. Diakonische Gesellschaft u. G. Mannheim, wurde die Bilanz 1921 festgestellt, welche eine Reingewinn von 40 787 304,83 M (i. B. 15 678 637,04 M) ergibt. Auf Antrag des Vorstandes beschloß der Aufsichtsrat, der am 30. Juni 1922 einberufenen Generalversammlung vorzulegen, eine Dividende von 14 Prozent (i. B. 10 Prozent) zu verteilen, 22 500 000 M (i. B. 7 159 134,62 M) dem Reservefonds II zuzurechnen, 3 500 000 M (i. B. 300 000 M) auf Gebäude abzuführen und 1 500 000 M (i. B. 1 000 000 M) auf eine Rechnung vorzutragen. Dem Reservefonds sollen 1 961 867,35 M (i. B. 1 060 014,90 M) zugewiesen werden.

Städt. Konzertsaal. Das rege Interesse, das sich für das Gesamtprogramm der Operenaufführungen kundigt, veranlaßt uns mitzuteilen, daß eine Vorverkaufsstelle in der Wädhelhandlung Fritz Müller eingerichtet wurde. Die Vorbereitungen für eine tadellose Ausführung am Eröffnungstage Samstag den 1. Juli sind bereits in Angriff genommen. Jeden Sonntag finden, um auswärtsigen Besuchern Gelegenheit zu bieten, Nachmittagsvorstellungen statt. Der Beginn der Abendvorstellungen ist auf 7 1/2 Uhr, der Nachmittagsvorstellungen auf 3 1/2 Uhr festgesetzt worden.

4. Heften Vereinsanzeiger

Die 4. Heften Vereinsanzeiger des 5. und 6. Heften des Vereinsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme. (Vergleichungsbelegungen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.)

Mastkatt. (Arbeitergesangverein Liedesfreiheit.) Dienstag den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Anter“ ordentliche halbjährige Generalversammlung. Zahlreiches Erscheinen der aktiven und passiven Mitglieder dringend erwünscht. Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Marie Rother, alt 61 Jahre, Ehefrau des Malh. Arbeiters Karl Rother. Theodor Karl Benda, Oberbauwerkführer a. D. Chemann, alt 63 Jahre. Frh. Lindacker, Feld. u. Wädhel, Witwer, alt 79 Jahre. Verdingungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Montag, den 26. Juni. 1412 Uhr: Alfred Rothmund, Privatbank-Direktor, Vergaltstr. 13, Feuerbestattung. Marie Rother, Malh. Arbeiters-Gehilfin, Wittwe, alt 6. 1/2 Uhr: Friedrich Lindacker, Feldführer, Ludwig-Wilhelmstr. 9. 2 Uhr: Theodor Benda, Oberbauwerkführer, Simonsstr. 8. 3 Uhr: Marie Wilh. Oberbauwerkführer, Vergaltstr. 13.

p. Körperverletzung. Im Verlaufe einer Schlägerei, die im Anschluß an eine Tanzunterhaltung in einer Wirtshaus...

p. Unfall. Am 24. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, wurde an der Straßenkreuzung der Anneling- und Reuterstraße eine Auffahreife...

p. Brand. Sonntag nachmittags streifte eine in der Bürgerstraße wohnende Frau im Vorbeigehen an einem auf dem Tische stehenden brennenden Spiritusföcher...

Valuta-Bericht vom 24. Juni

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 1,56 Cis. Auszahlung Holland notierte etwa 131 M. per 100 Gulden...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 26. Juni

Vorausichtige Witterung: Meist wolke, zeitweise weitere Regenfälle, noch kühl.

Wasserstand des Rheins

Schnellstrom 285, Gef. 15; Hoch 266, Gef. 10; Mainz 500, Gef. —; Mannheim 453, Gef. 13 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

Bei i. W., 23. Juni. Gestern früh schlug der Blitz in den Turm auf der Hohen Mähr, dessen unterer Teil aus Granit besteht...

Billige Touristenoberzüge nach dem Schwarzwald. Um die Vorteile der für Gesellschaften vorsehenden bedeutenden Fahrpreisermäßigung weitesten Kreisen zugänglich zu machen...

Kleine Nachrichten

München. Beim Ueberfahren des Bahnhofs bei Verchlagaben sind 2 Bedienstete und 2 Reisende in einen Schneesturm geraten...

Letzte Nachrichten

Die Bestattung Rathenaus

Berlin, 26. Juni. (Privattelegramm.) Wie die „Morgenpost“ meldet, hat das Reichsamt beschlossen, daß die Beerdigung Rathenaus auf Reichsbesten erfolgen soll...

werden. Dienstag nachmittag findet unter Teilnahme der Reichsregierung und des Reichstags die Beisetzung statt...

Die Obduktion der Leiche Rathenaus wurde am Sonntag im Schauhaus von mehreren Gerichtsärzten und Hingezugung eines Schichtverwandigen vorgenommen...

Als der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau sich früh in die Stadt begeben wollte und 10.50 Uhr die Königsallee an der Ballotstraße kreuzte...

Die bisherigen Nachforschungen der politischen Kriminalpolizei haben klar und deutlich ergeben, daß es sich um ein von langer Hand vorbereitetes Verbrechen handelt...

Die Augenzeugen erklären, hat sich die Tat folgendermaßen abgespielt: Dr. Rathenau kreuzte die Königsallee etwa kurz vor 11 Uhr...

Die Täter, die emalgelbe Knappen trugen und ihr Gesicht teilweise verdeckt hatten, sind trotzdem von mehreren Augenzeugen erkannt worden...

Der Wagen des Täters war sofort von Straßenspaffanten und wenige Minuten später von einer Radfahrpatrouille der Polizei verfolgt...

Die parlamentarisch-politische Situation. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst veröffentlichte über die Situation am Samstag abend folgendes:

Auch im Laufe des heutigen Abends legte sich die erregte Stimmung im Reichstagsgebäude nicht. Allgemein ist die Auffassung, daß jetzt entscheidend durchgegriffen werden muß...

tionssitzung zusammen waren, in der auch der Eintritt der Unabhängigen in die Regierung besprochen wurde...

Die Maßnahmen der Polizei

Berlin, 25. Juni. Wie die Blätter berichten, sind am Sonntag bereits zehn Personen festgenommen worden...

Niesen-Rundgebung in Berlin

Berlin, 25. Juni. Aus Anlaß der Ermordung des Ministers Dr. Rathenau versammelten sich heute vormittag im Lustgarten etwa 25000 Mitglieder der drei sozialistischen Parteien...

1 Million für die Ergreifung der Mörder. Berlin, 25. Juni. Der Polizeipräsident veröffentlichte über die Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau eine Bekanntmachung...

Anruf der Demokratischen Partei

Die Deutsche Demokratische Partei erläßt heute folgenden Aufruf: Deutsche Demokraten! Wieberum ist durch Mörderhand eine Stütze der Republik gefallen...

Untere Hoffnung hat getragen. Die Politik der Reichsregierung ist als Schwäche gedeutet worden. Gewissenhafte Parteiloyalität und Vergebung durch monarchistische Kreise hat das Verbrechen in Deutschland zur politischen Waffe gemacht...

Es gilt die Sicherung von Deutschlands Bestand, Ruhe und Zukunft. Es lebe die Republik!

Demokraten heraus! Verankert in den ganzen Reich Rundgebungen schließt Euch mit allen wahrhaften Freunden der Republik zu gemeinsamer Front zusammen!

Ein Nachruf Lloyd Georges

London, 25. Juni. In einer Ansprache in der Walliser Baptistenkapelle zu London sagte Lloyd George heute nachmittags: Rathenau war einer der fähigsten Männer Europas...

Schriftleitung Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Ueberblick und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter...

SUNLIGHT SEIFE advertisement. Text: macht den Washtag zu einem Vergnügen, nicht harte Arbeit und zweifelhafter Erfolg ist von ihr zu erwarten... Image: SUNLIGHT SEIFE logo with a sunburst.

Im großen Saale der Festhalle findet heute Montag abend 8 Uhr eine

Trauerkundgebung für Dr. Walter Rathenau

statt. Vorträge des Landesvorstehers. Ansprache d. Staatspräsidenten Dr. Hummel.

Alle Männer und Frauen, alle Freunde der Republik, sind eingeladen, zum Zeichen der Trauer über die Mordtat, an der Kundgebung teilzunehmen.

Freier Eintritt. Zentrumspartei Karlsruhe 4188 Sozialdemokratische Partei Karlsruhe Demokratische Partei Karlsruhe.

Ich berufe die Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Versammlung auf Freitag, den 30. Juni d.S., nachmittags 4 Uhr in den großen Rathensaal. Tagesordnung: 1. Geschäftsordnung für den Bürgerausschuss (109) 2. Tarif- und Gebührenordnungen für Straßenreinigung, Müllabfuhr u. Abtragenebenentleerung, sowie Umwandlung der Schwemmgelüste zur Kanalgebühr (109). 3. Unterbringung des öffentlichen Fuhrparks und der mit ihm verwandten Betriebsabteilungen in der ehemaligen Dragoneroffizierskaserne (108). 4. Wasserlieferung der industriellen Anwesen an der Kniebinger und Reutenhofer Straße (107). 5. Erweiterung des früheren Müllabfuhrmagazins, Kniebingerstraße Nr. 66 (109). Karlsruhe, den 23. Juni 1922. Der Oberbürgermeister.

Durlacher Allee 2

Partie-Haus

Eleg. Damen-Stiefel . . . Mk 140 b. 298
Eleg. Halb-u. Spangenschuhe 148 b. 280
Herren-Stiefel . . . Mk 250 b. 420
Kinderstiefel aller Art 4187

Anzüge, Hosen, Joppen zu sehr billigen Preisen

L. Brand.

Hüte, Mützen, Schirme, Sport-Artikel, Umformen alter Hüte

Kaiserstr. 61 Th. Zenker Kaiserstr. 61 gegenüb. der gegenüb. der Hochschule Hochschule

Mützenmacherei Hutmacherei

Wo

deckt Sie am vornehmsten und billigsten Ihren Schuhbedarf?

Josef Zepf Schuhhaus

Durlacherstr. 3 (Durlacher Tor)

Diwans! Chaiselongues!

neue, prima Ware, billig

Damentaschen Brieftaschen Geldscheintaschen

ja. Offenb. Lederwaren

Kofferhaus

Geschw. Lämle 51 Kronen-51 Strasse

Sommerjoppen Arbeitshosen Anzüge

billig zu verkaufen

R. Billig

Markgrafenstraße 17.

Durlacher Anzeigen.

Kleinverkaufspreise für Obst u. Gemüse

Im Benehmen mit der städt. Preisprüfungsstelle Karlsruhe wurden in der Zeit vom 27. Juni an folgende Richtpreise festgelegt:

Erbsen	1 Pfund bis 700 . . .	400 .-
Kohlrabi	1 Stück	150 .-
Kohlflohl (Irland)	1 Pfund	250 .-
Knoblauch	1 Pfund	80 .-
Madischchen	1 Pfund	100 .-
Wienerrettiche und Eisjapfen	1 Pfund	250 .-
Abbarber	1 Pfund	350 .-
Spinat	1 Pfund	200 .-
Wicklung	1 Pfund	700 .-
Wickeln mit Schoten	1 Pfund	600 .-
Karotten, rund	1 Pfund	600 .-
länglich	1 Pfund	600 .-

Die Kleinverkäufer sind gesetzlich verpflichtet, in ihren Verkaufsräumen oder in den Verkaufsräumen Preisauskünfte bezüg. Preisänderungen anzubringen. Wer dieses unterläßt, macht sich strafbar. 1198

Durlach, den 24. Juni 1922. Städt. Preisprüfungsamt.

Arbeitsamt (Bezirksarbeitsnachweis)

Unentgeltliche Stellenvermittlung für gelehrte und ungelehrte Berufe, Besondere Arbeitsnachweisabteilungen für weibliches Personal, Hotel- und Wirtschaftspersonal, kaufm. und technische Angehörige (einschl. Schwerbeschädigte). Geöffnet: Vormittags von 8-12 Uhr, Nachmittags von 2-4 Uhr. Fernsprecher Nr. 1151-1160.

Gesucht werden:

4 landwirtschaftliche Bediente, 1 Redmann, ein Schneider, 1 Wehlfütterer, 1 Herrschaftsgärtner (berühmter ohne Kinder), 1 Holzbrecher, 2 tücht. Bauarbeiter, 2 jg. Schmiede, einige Dreher, 1 Buchbinder, 2 Wäcker, 2 Rüster auf Holz- und Kellerarbeit, ein Wagner, 2 Formner (Gießerei), 1 Spezialist für Telefonbau, 2 tücht. jährl. Schlosser-Expeditoren, ein Bau- und Möbelschreiner, 1 Polierer, 2 Fäher, fünf Klein- und Großschneidner, 2 Damenschneider, ein Schäftemacher, 40 Maurer, 20 Gipsler, 25 Maler, fünf Zimmerer, 1 Buchhalter, junge Hausburken, ein Kranführer, 2 Beschläger, 2 jg. Bauarbeiter, 1 Maschinist und Heizer, Köchinnen, Zimmer-, Kleider- und Kleidermacherinnen für hier und auswärts, Bus- und Stundenfrauen, Laufmädchen, Gartenarbeiterinnen, Vertäufelner für Feinmöbelhaus, Lehrling für Kleider-, Schuhmacherei, Corsettmacherei, für Verkauf in verschiedenen Branchen, 1 Lehrmeister für Holzwarenbranche, 1 Hotel-Personal: 4 Köchinnen, vier Kleiderbinder, 6 Parfimeister, 10 jg. Köche, mehrere jg. Restauranten- und Saalbedienten, 4 jg. Hausburken, 4 Kuchentruher, 6 Küchenburken, 2 Silberputzer, drei Hotelbuchhalterinnen, 2 Restaurant-Beleuchtungsarbeiterinnen, 3 Ballettschülerinnen, 4 Ballettanfängerinnen, 4 Saalbedienten, 6 Servierknechten und 5 Zimmermädchen nach auswärts, 4 Mädchen für Hausarbeit und Servieren, 10 Köchinnen für Hotels und Restaurants, 4 Weißschneidnerinnen, 70 Köchinnen, 2 Weißzeugmädchen, mehrere Weiß- und Putzfrauen. Stellen suchen: Schwerbeschädigte für alle Berufe, Kriegsveteranen, Lehrlinge und Knechte (Sängerinnen) suchen Beschäftigung. 1199

Abgabe von Vollmittelebezugscheinen.

Die Abgabe findet am Donnerstag 10 Uhr und am Freitag 8-11 Uhr und nachmittags von 2-4 Uhr. Bezugsberechtigt sind Kinder bis zu 14 Jahren und Personen über 70 Jahre. Die Abgabe der Bezugscheine erfolgt mit den Anfangsbuchstaben des Haushaltungsvorstandes und zwar:

Liköre Sinner Backpulver

SINNER & Co. KARLSRUHE-GRÜNWALD

Bad. Landestheater. Montag, den 26. Juni 1922. Th.-Gem. B. V. B. Nr. 2001-2100 1194

Wiederholung der X. Abendfeier: Der Tanz im Wandel der Zeiten.

Städtische Bühnerei und Festhalle. Eröffnung der Bühnensaison Montag, den 26. Juni 1922. Deffnungszeit: wochentags 11-1 und 4-7 Uhr.

Ungeziefer Druckerarbeiten

aller Art vertilgt liefert Buchdruckerei Grot & Co. Kinderliegwagen zu verkaufen. 4173 Goethestraße 25, part.

Bruchsaler Anzeigen.

Die Beitragsentrichtung zur Kranken- und Invalidenversicherung für die anständigen Arbeiter sein. Die hier wohnhaften unabhängig beschäftigten Personen werden hiermit aufgefordert, sich bei der allgemeinen Ortskrankenkasse hier anzumelden. Bruchsal, den 20. Juni 1922. Der Ortskrankenkassenrat. Dr. Weiler. 1203

Städt. Arbeitsamt Bruchsal (Bezirksarbeitsnachweis).

Offene Stellen: Männliche Abteilung: 1 Herrschaftskutscher, 1 Pferdewecher, einige jüngere landwirtschaftliche Arbeiter, einige Hausburken, 10 Kleidermacher nach Städt. 1 Metallschleifer, einige junge Bau- und Handarbeiter, 2 Schmiede nach Hiesbücheln, 1 Wertzeugmacher, 2 Papier- und Kartonagenarbeiter, 1 Wellpappmacher als Betriebsleiter, 40 Schneider und Wagner, 2 Maler, 1 Metzger, 1 Buchbinder, 1 Konditor für Kaffee, 3 Schneider, 2 Feinzeugschneidner, 50 Maurer, 6 junge Burken für Feinbrot, 4 junge Burken als Bauhilfsarbeiter, 15 Bauhilfsarbeiter für den Schwarzwald, 100 Arbeiter für Holzarbeit. Schwarzwald, 1 Disponent für Holzarbeit. Schreiner: 1 Gärtner, 1 Metallschleifer, 1 Hühnerbauer, 1 Schmied, 2 Wagner, 1 Elektronenbauer, 1 Zugschleifer- und Schlosser, 1 Metzger, 3 Bäcker, 3 Friseur, 1 Schuhmacher, 6 Schneider, 2 Maler, 15 Maurer- und 2 Zimmerer-Schreiner. Weibliche Abteilung: 6 Einlegerinnen in Papierindustrie, 1 Anfängerin zum Einlegen, 12 tüchtige Kleberinnen, 6 Lehrlingmädchen zum Kleben, 4 Verleberinnen, 2 Einlegerinnen, 1 Beschlägermädchen, 3 Weibliche- und 8 Hagermädchen, 2 tüchtige Schreinerinnen nach auswärts, 12 Arbeiterinnen zum Tabatverlefen, Spitzenverlefen, Tabak abfüllen usw. einige Handarbeiterinnen für Hagerarbeiten, 10 tüchtige Arbeiterinnen für beschriebene Industriezweige 4 Schneiderinnen, 1 Weißzeugschneiderin in Hotel, die Maschinenstickerin kann, 1 Mädchen als Verkäuferin in Bahnhofsbuchhandlung, 1 Kontoristin nach Wahl 1 Servierknechtin, 10 Köchinnenmädchen, 3 perfekte Köchinnen, 2 Hausbälterinnen, Hausgehilfen aller Art, 3 Mädchen für Alles, 2 Kinderbälterinnen, 1 Köche, 4 Monatsmädchen oder Frauen. Lehrmädchen: 1 für Zahntechnik, 3 für Kleidermacher. Für eine Spinnerin bei Dörrsch suchen wir noch für sofort 5 Arbeiterinnen, die Koch- und Wäscherin im lat. Mädchenheim daselbst erhalten. 1202

Abgabe von Vollmittelebezugscheinen.

Die Abgabe findet am Donnerstag 10 Uhr und am Freitag 8-11 Uhr und nachmittags von 2-4 Uhr. Bezugsberechtigt sind Kinder bis zu 14 Jahren und Personen über 70 Jahre. Die Abgabe der Bezugscheine erfolgt mit den Anfangsbuchstaben des Haushaltungsvorstandes und zwar:

Volksschauspiel Otigheim

Freilichtbühne. Aufführung: Jeden Sonntag vom 25. Juni bis Mitte Oktober, ferner am 29. Juni, 15. August und am 6. und 13. September. Zuschauerraum mit 3500 Sitz- und 500 Stehplätzen gegen alle Witterungseinflüsse geschützt. 700 Mitwirkende. Anfang 1/2 Uhr Ende 1/2 Uhr Preise: 8.-, 10.-, 15.-, 20.-, 30.-, 50.- und 80 Mk. Stehplatz 5 Mk. Vorverkauf: Otigheim Theaterkasse, Tel. 61 Rastatt. Verkaufsstellen Karlsruhe: Verkehrsverein, Kaiserstr. b. Hauptpost Herder'sche Verlagsbuchhandlung Buchhandlung Kraus, Baumeisterstr. 4

Geübte Näherinnen

für Buzin- und Wäsche-Konfektion gesucht. Wohnungen bis 4 Uhr nachmittags. Eitingers-straße 12, gegenüber der Fabrik Prinz. 4177

Fahrad-Gebirgs-Mäntel

erstaunliche Ware, noch früheren Preise. Gebirg lohnt sich, da jetzt günstiger Einkauf. Eugen Schaeffer Durlach Hauptstr. 81 b. Bahnhof.

Hobelmeister Schuhwaren

aller Art (Gegenheitskäufe) offeriert billigst An- und Verkaufsgeschäft Grotzer, Zähringerstrasse 55 a.

Karten-Ausgabe

am Dienstag, den 27. Juni 1922, vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr an die Buchstaben K bis einschließlich K. Bruchsal, den 20. Juni 1922. Kommunalarbamt Bruchsal-Stadt. Kartenausgabestelle.

Mieterverein Bruchsal

Veranstaltung Dienstag abend 8-9 Uhr im „Sokoloid“.

Offenburger Anzeigen.

Morgen Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im „Dreißigjahr“

Film-Vortrag „Sowjet-Russland im Bild.“

Dieser Film - 3000 m lang - stellt die wirtschaftlichen und politischen Zustände des heutigen Russland dar. Insbesondere werden auch Bilder aus dem Hungergebiet vorgeführt. Eintritt: Vorverkauf 6 Mk., Abendkasse 7 Mk. Reichsamt für Arbeiterhilfe. Der Reinertrag wird restlos den Hungernden im Wolgarebiet überwiesen. 1204

Frauen erwacht!

Haltet Euch vor, weisen Frauen! Lest nach vorliegenden Versuchen mit nutzlosen und wertlosen „Mitteln“ das einzigartige Buch von Dr. Rossen über die „Verhütung der Empfängnis“. (Titel-Ausgabe hier nicht gestattet). Es heißt Buch von Sorgen! Preis Mk 20.- Nachnahme, Porto extra. Buchverlag Eisner, Stuttgart, Schloßstr. 57 B.

Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei Ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund

Rehl a. Rh.

Zum 1. Juli d.S. suchen wir für unsere ständige Agentur zuverlässigen Zeitungsträger(in). Bewerber oder Bewerberinnen wollen sich a l s b a d bei Frau Ludwig Ernst, Friedrichstraße Nr. 8 in Rehl melden. Verlag des Volksfreund Grot & Co.